

(Minister Dr. Schnoor)

(A)

Ich will dem Bundesinnenminister und dem Bundesamt für die Bearbeitung von Asylangelegenheiten in diesem Bereich überhaupt keine Versäumnisse vorwerfen. Vielmehr tun die Betreffenden alles, was in ihrer Kraft steht.

Meine Damen und Herren, nehmen Sie mir und nehmen Sie auch uns Sozialdemokraten eines ab: Wir wissen doch, wie sensibel die Bürgerinnen und Bürger bei uns im Lande darauf reagieren, wenn sie den Eindruck haben, daß Asylbewerber straffällig werden. Oft trifft die Vermutung der deutschen Bürgerinnen und Bürger zu, aber sehr oft werden auch Asylbewerber mit Straftaten in Verbindung gebracht, die man ihnen nicht anrechnen darf.

Hier bin ich an sachlicher Aufklärung, an sachlicher Information interessiert, und Sie selbst sollten das auch sein, Frau Kollegin. Denn es dient doch niemandem von uns, wenn hier einer Panikmache das Wort geredet wird. Wir würden dann nur das Geschäft der Republikaner und der Rechtsextremisten betreiben, und das wollen wir doch gemeinsam nicht.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Deswegen lassen Sie uns sachlich über die Dinge sprechen. Es soll nichts verheimlicht, nichts beschönigt werden, aber wir wollen die Dinge auch nicht dramatisieren.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Innenminister. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuß für Innere Verwaltung empfiehlt in seiner **Beschlußempfehlung Drucksache 11/5942**, den Antrag der Fraktion der CDU abzulehnen. Wer dieser Beschlußempfehlung folgen möchte, bitte ich um das Handzeichen. -Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststel-

len: Die Beschlußempfehlung ist damit **angenommen** und der Antrag der Fraktion der CDU **abgelehnt**.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

**Verlust von Mietwohnungen stoppen -
Verdrängung verhindern
Abschaffung des Paragraphen 10 e EStG für Miet-
wohnungen im Bestand**

Antrag
der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/4527

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Städtebau und Woh-
nungswesen
Drucksache 11/5687

Meine Damen und Herren ich verweise auf die ge-
nannte Beschlußempfehlung und den Bericht des
Ausschusses. Wird Beratung gewünscht? - Das ist
nicht der Fall.

Dann kommen wir zur **Abstimmung**. Der Ausschuß
für Städtebau und Wohnungswesen empfiehlt in seiner
Beschlußempfehlung Drucksache 11/5687, den
Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN abzulehnen. Wer
dieser Beschlußempfehlung folgen möchte, den ich
bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist
dagegen? - Erhält sich jemand der Stimme? - Ich
darf feststellen, die Beschlußempfehlung ist **angenom-
men** und damit der Antrag der Fraktion der GRÜ-
NEN **abgelehnt**.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Tagesein-
richtungen für Kinder - GTK**

Gesetzesentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/5973

erste Lesung

(C)

(D)

(A) (Präsidentin Friebe)

Die Einbringung erfolgt durch die Landesregierung. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Minister Müntefering.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Müntefering: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bringe im Namen der Landesregierung das Gesetz zur Änderung des Gesetzes für Kindertagesstätten ein. Ich verweise auf die schriftliche Vorlage, die dem Hause vorliegt. Wir werden ganz sicher in absehbarer Zeit die Anhörung des Parlaments zu diesem Thema erleben. Es wird Gelegenheit sein, in den Ausschüssen des Landtags und hier im Plenum zu diesem Gesetzesvorhaben noch ausführlich zu diskutieren. Für heute bedanke ich mich für die Bereitschaft, dieses Thema heute noch auf die Tagesordnung zu nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank für die kurze Einbringung. - Ich eröffne die Beratung und erteile Frau Abgeordneter Witteler-Koch für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

(B) (Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Was soll das denn?)

Abgeordnete Witteler-Koch (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist zwar sehr loblich vom Minister, sich bei uns zu bedanken, daß er zu so später Stunde dieses Gesetz auf diese Art und Weise einbringen kann, aber, meine Damen und Herren, so schnell können wir diese Novellierung, diese Gesetzesvorlage hier nicht abhandeln. Es ist so meines Erachtens eines Parlaments, auch eines Ministers nicht würdig, wenn man nach eineinhalb Jahren einen neuen Gesetzentwurf vorlegt, wie das hier seitens der Landesregierung geschieht, meine Damen und Herren.

Wenn Sie nach Hause in Ihre Kommune gehen, müssen Sie sich doch sagen lassen, daß die Landesregierung hier ein Pannen- und Pleitengesetz vorgelegt hat, das nach eineinhalb Jahren schon wieder novelliert werden muß. Das kann doch nicht richtig sein!

(C) (Abgeordneter Schultz [SPD]: Denken Sie an Ihren Blutdruck, Frau Kollegin!)

Es wird hier mit langen Ausführungen darüber geredet, wie die Finanzierung aussehen soll. Tatsache ist - und das wissen alle hier im Hause -, daß jetzt die Kosten und alles auf die Kommunen zukommen. Um es an dieser Stelle kurz zu fassen, weil ich gern darauf eingehen will, was andere angesprochen habe, möglichst nicht mehr zu reden: Ich kann hier einfach nicht vergessen, was von draußen, vom Städte- und Gemeindebund und von anderen Vertretern gesagt wird, daß dieses Gesetz wiederum mit heißer Nadel gestrickt ist

(Abgeordneter Heckelmann [SPD]: Das sagen die ja gar nicht! - Abgeordneter Frechen [SPD]: Ganz ruhig!)

und wir eigentlich Zeit hätten, wenn wir das Gesetz zum 1. August 1994 in Kraft treten ließen, Herr Minister, um in aller Ruhe die einzelnen Aspekte zu debattieren. Aber sich auch noch zu bedanken, daß es heute noch auf die Tagesordnung genommen wird, ist doch glatte Ironie.

(D) Ich denke, daß die Vorgaben des Kinder- und Jugendhilfegesetzes seinerzeit Herrn Heinemann die Möglichkeit gegeben hätten, in Ruhe darüber nachzudenken, welche Veränderungen das Land Nordrhein-Westfalen für die Kindergartenlandschaft vornehmen muß. Das ist so nicht geschehen. Es hat keine Bedarfsanalyse, keine Situationsanalyse gegeben, nichts. Es ist mit heißer Nadel gestrickt worden. Wir alle mußten erkennen, daß hier Elternbeiträge gefordert wurden, die so nicht die Finanzierung sicherstellen konnten.

Auch jetzt, wenn auch leicht verschönt, sind es immer noch 19 %, die von den Eltern beigetragen werden müssen. Es sind letztendlich die Kommunen, die dann die Differenzbeiträge zu zahlen haben, wenn die Eltern diese 19 % nicht finanzieren. Daß dann auch noch quasi am Eingang zum Kindergarten die Eltern ihre Einkommensbescheide vorlegen müssen, das muß uns auch zu denken geben, das kann so nicht richtig sein.

(A) (Witteler-Koch [F.D.P.]

Ich plädiere für meine Fraktion noch einmal dafür: Nehmen Sie einen einheitlichen Elternbeitrag, und kommen Sie nicht mit dem Vorschlag, daß wir demnächst unsere Kinder mit Ausweisen, wie ich schon einmal hier gesagt habe, zum Schwimmbad, in die Museen schicken, wo sie den Einkommensnachweis der Eltern vorlegen müssen, ob sie hohe Beiträge für Museen oder andere öffentliche Einrichtungen zu zahlen haben oder niedrige. Denken Sie doch auch einmal darüber nach.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Sie können doch Museen und Schwimmbäder nicht mit Kindergärten vergleichen! Was soll das?)

Wir müssen sicherlich andere Dinge ändern, den Familienlastenausgleich etc. Aber so kann es doch nicht richtig sein. Deshalb bin ich sicher, daß wir im Detail darauf zu achten haben, wie sich hier Verbände und andere Institutionen äußern.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Tun Sie das dort, wo Sie Verantwortung haben! Dort können Sie anfangen!)

Wir werden diesen Gesetzentwurf mit großer kritischer Aufmerksamkeit begleiten. - Danke.

(B) (Beifall bei der F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Wer der **Überweisung** des Gesetzentwurfs an den **Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie** - federführend - und an den **Ausschuß für Kommunalpolitik** und an den **Ausschuß für Frauenpolitik** - mitberatend - zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen, das ist einstimmig so beschlossen.

(C)

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung. Ich berufe das Plenum für morgen früh, 10.00 Uhr, wieder ein.

Ich wünsche Ihnen noch einen guten Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 19.21 Uhr

*) Vom Redner bzw. der Rednerin nicht überprüft (§ 105 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Redner und Rednerinnen.

(D)

Ausgegeben: 30. September 1993

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (0211) 8842439, zu beziehen